

## **Gemeinsame Pressemitteilung**

**19. Dezember 2022**

*Sperrfrist: 10:00 Uhr am 19.12.22*

### Wohnungspolitik

## **Mehr private Investitionen in Wohnraum ermöglichen: Land muss deregulieren und Kommunen finanzielle Anreize geben, mehr neue Bauflächen auszuweisen**

**Frankfurt am Main.** Mindestens 20.000 neue Wohnungen pro Jahr in Hessen sind aus Sicht der Wirtschaft bis 2040 nötig, um den Wohnungsmangel abzumildern und um leichter neue Arbeitskräfte für hessische Unternehmen zu finden. Was Landtag und Landesregierung nach der Landtagswahl 2023 dazu beitragen können, haben die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände und Verbände der Bau- und Immobilienwirtschaft heute in einer Pressekonferenz aufgezeigt.

Die zentrale Forderung ist, mehr private Investitionen in Wohnraum zu ermöglichen. Dazu sollte das Land den Kommunen kräftige finanzielle Anreize für die Schaffung neuer Bauflächen im Kommunalen Finanzausgleich geben und Überregulierung und Bürokratie rund um den Wohnungsbau verringern. Genehmigungsverfahren für den Ausbau von Dachgeschossen und für Aufstockungen von Gebäuden sollten vereinfacht und beschleunigt werden. Eingriffe in den Mietwohnungsmarkt sollten zurückgenommen werden, damit private Bauherren und Vermieter mehr Anreize haben, Wohnraum neu zu schaffen oder zu modernisieren. Die Mietpreisbremse und das Verbot, Miet- in Eigentumswohnungen umzuwandeln, sollten abgeschafft werden. In der Klimapolitik sollte sich die Landesregierung auf die Klimafolgenanpassung und den Umbau des öffentlichen Raums fokussieren.

**Thomas Reimann**, VhU-Vizepräsident und Vorstandsvorsitzender der ALEA Hoch- und Industriebau AG aus Frankfurt, sagte: „Wir werben dafür, dass die Parteien unsere Anliegen in ihre Programme zur Landtagswahl 2023 aufnehmen. Politik und Wirtschaft verfolgen gemeinsam das Ziel, den Wohnungsmangel zu beseitigen. Entscheidend für den Standort Hessen ist, dass Unternehmen bei der Suche nach neuen Mitarbeitern nicht das Nachsehen haben, weil es schlicht keine Wohnungen für zuziehende Arbeitskräfte gibt.“

Durch die Baukostensteigerungen und den Zinsanstieg sei die Bau- und Immobilienbranche in ein schwieriges Fahrwasser geraten. Von Januar bis Oktober 2022 seien in Hessen 8,5 Prozent weniger Baugenehmigungen für neue Wohnungen erteilt worden als im Vorjahreszeitraum. Deshalb dürfte in den kommenden Jahren die Zahl an fertig gestellten Wohnungen wohl leider sinken, befürchtet Reimann und sagte: „Bis 2040 werden rund 367.000 Wohnungen in Hessen benötigt. Das sind rund 20.000 pro Jahr. Die Landespolitik darf nichts tun, was private Investitionen in Wohnungen ausbremst. Statt neuer staatlicher Eingriffe in den Wohnungsmarkt müssen die Rahmenbedingungen so verbessert, dass das Wohnungsangebot steigt.“

**Jörg Brömer**, Geschäftsführer der Brömer und Sohn GmbH in Wiesbaden, sprach für den Bauindustrieverband Hessen-Thüringen sowie für den Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen: „Bei der Klimapolitik muss sich Hessen auf die Anpassung an die Klimafolgen beschränken. Bauten, Infrastruktur und öffentliche Räume müssen besser an Starkregen und Hitze angepasst werden. Bei dieser Aufgabe muss das Land die Kommunen unterstützen. Der Klimaschutz wird hingegen erfolgreich auf EU-Ebene mit jährlich sinkenden CO<sub>2</sub>-Deckeln für Strom und Industrie und demnächst auch für Gebäude und Verkehr gewährleistet. Der Landtag sollte keine klimapolitischen Vorgaben wie etwa eine Holzbauquote im Wohnungsbau beschließen.“

Brömer: „Damit mehr Wohnungen gebaut werden, muss eine flächensparende Außenentwicklung auch zukünftig möglich bleiben. Um Flächen sparsamer zu nutzen, sollten Vorgaben für eine dichtere Bebauung geprüft werden.“ Als Beitrag zum Bürokratieabbau forderte Brömer, die Aufstockung von Gebäuden und den Dachgeschossausbau grundsätzlich von einer Baugenehmigung freizustellen.

**Gerald Lipka**, Geschäftsführer vom BFW Landesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, sagte: „Noch immer weisen viele Kommunen im Ballungsraum zu wenig neue Bauflächen aus, da die sozialen Folgekosten von Neubaugebieten Kommunen finanziell stark belasten. Der nächste Landtag sollte im Kommunalen Finanzausgleich einen finanziellen Anreiz setzen, damit Städte und Gemeinden mehr neue Bauflächen schaffen.“

Zudem forderte Lipka, das Aufkommen der Grunderwerbsteuer zu deckeln und den Steuersatz von 6 Prozent in zwei Schritten um je 0,5 Prozentpunkte zu senken, sobald die Sanierung der Landesfinanzen es zulässt. Seit 2010 hat sich das Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer in Hessen von 403 Millionen Euro auf 1,977 Milliarden Euro im Jahr 2021 fast verfünffacht.

Lipka: „Eine mögliche gesetzliche Verpflichtung für Solardächer lehnen wir ab. Photovoltaik und Solarthermie sind sinnvoll, um Gebäude mit Strom und Wärme zu versorgen. Wegen der Energiekrise erwarten das Privatkunden und Investoren auch von Neubauten. Schon jetzt gibt es einen Run auf Solaranlagen und Wärmepumpen.“

**Gregor Weil**, Geschäftsführer von Haus & Grund Frankfurt am Main, warnte vor weiteren staatlichen Eingriffen, die Investitionen in Modernisierungen und in neue Wohnungen erschweren: „Mietpreisbremse und Kappungsgrenze müssen abgeschafft werden. Seit 2015 wurde die Mietpreisbremse von 16 auf 53 hessische Kommunen ausgeweitet. Weder in Frankfurt noch anderswo hat der Wohnungsmangel infolge der Mietpreisbremse abgenommen.“

Abgeschafft gehöre auch das Umwandlungsverbot, das die Umwandlung von Mietwohnungen zu Eigentumswohnungen verhindern solle, sagte Weil. „Das Umwandlungsverbot greift nicht nur viel zu stark in die Rechte von Immobilieneigentümern ein, sondern erschwert auch die Bildung von Wohneigentum. Vier von fünf Haushalten erfüllen sich ihren Wunsch nach Wohneigentum aus dem Bestand, nur jeder fünfte Haushalt kauft Wohneigentum aus dem Neubau. Eigentümer müssen das Recht haben, ihr Eigentum auch frei veräußern zu dürfen.“

**Ansprechpartner:**

**Bauindustrieverband Hessen-Thüringen**

Dr. Burkhard Siebert  
Hauptgeschäftsführer  
Telefon: 0611 97475-10  
E-Mail: siebert@bauindustrie-mitte.de

**BFW Landesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland**

Gerald Lipka  
Geschäftsführer  
Telefon: 069 768039-10  
E-Mail: info@bfw-hrs.de

**Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen**

Lena Brucato  
Referentin für Presse & Öffentlichkeitsarbeit  
Telefon: 069 95809-222  
E-Mail: Brucato@bgvht.de

**Vereinigung der Haus-, Grund- und Wohnungseigentümer Frankfurt**

Jens Jacobi  
Leiter Politik und Kommunikation  
Telefon: 069 959291-33  
E-Mail: Jacobi@haus-grund.org

**Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände**

Patrick Schulze  
Geschäftsführer Kommunikation und Presse  
Telefon: 069 95808-150  
Mobil: 0172 7261295  
E-Mail: pschulze@vhu.de

**Kai Wächter**

Referent für Bau-, Immobilien- und Regionalpolitik  
Telefon: 069 95808-228  
Mobil: 0173 2542279  
E-Mail: KWaechter@vhu.de

# Wohnungsbau in Hessen stockt

## Steigende Kosten und höhere Zinsen bremsen den Bau neuer Häuser / Kritik der Unternehmer

Von Karl Schlieker

**WIESBADEN.** Die Zahl fertiggestellter Wohnungen wird in Hessen im nächsten Jahr sinken. Davon geht die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) aus. „Dabei werden bis zum Jahr 2040 etwa 18.000 zusätzliche Wohnungen benötigt, davon mehr als 80 Prozent im Ballungsraum Frankfurt-Rhein-Main“, berichtet VhU-Vizepräsident Thomas Reimann in Wiesbaden. Im Jahr 2021 seien landesweit noch 22.952 Wohnungen fertiggestellt worden. Aber im laufenden Jahr seien die erteilten Baugenehmigungen in den ersten zehn Monaten um 8,5 Prozent gesunken. Viele genehmigte Projekte werden laut VhU aufgrund der Kostenexplosion und der gestiegenen Zinsen derzeit aber aufgeschoben oder ganz gestrichen.

„Die Landesregierung darf nichts tun, was den Wohnungsbau weiter ausbremst“, betont der Vorstandsvorsitzende der ALEA Hoch- und Industriebau Reimann. Staatliche Eingriffe wie Mietpreisbremse, Umwandlungsverbot, Kündigungssperrfrist oder landesspezifische Klimaziele lehnen die Unternehmen ab.

Die Kommunen müssen nach



*Wir fordern, die Aufstockung von Gebäuden wie auch den Ausbau von Dachgeschossen für Wohnzwecke von Baugenehmigungen freizustellen.*

Jörg Brömer, VhU

Ansicht der Unternehmerverbände mehr Bauflächen ausweisen. „Der Landtag sollte in der nächsten Legislaturperiode eine Erhöhung der Mindestdichte für Orte im Ballungsraum prüfen“, verlangt Jörg Brömer, stellvertretender Vorsitzender des VhU-Bau- und Immobilienausschusses. Mindestdichtewerte werden in Wohneinheiten pro Hektar als Grundsatz der Raumordnung vorgegeben. Eine Verdichtung würde beispielsweise im Rhein-Main-Gebiet tendenziell zu mehr Geschosswohnungsbau und weniger neuen Reihenhäusern führen. „Wir for-

dern zudem, die Aufstockung von Gebäuden wie auch den Ausbau von Dachgeschossen für Wohnzwecke durch eine Ergänzung der hessischen Bauordnung von Baugenehmigungen freizustellen“, sagt das Vorstandsmitglied des Bauindustrieverbandes Hessen. Bayern habe das bereits im vergangenen Jahr umgesetzt. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssten darüber hinaus beschleunigt werden.

### Nachverdichtung im Ballungsraum ist begrenzt

Da im Ballungsraum die Nachverdichtung begrenzt ist, ist nach Ansicht des Wiesbadener Bauunternehmers Brömer die Entwicklung neuer Wohnquartiere weiterhin notwendig. Umstrittene Großprojekte wie die Frankfurter Josefstadt an der A5 oder das Wiesbadener Ostfeld würden dringend benötigt, um den Bedarf an zusätzlichen Wohnungen zu decken. Da viele Kommunen zu wenig Bauflächen ausweisen, müssten sie ausreichende Mittel für die Folgekosten der benötigten Infrastruktur wie Verkehrswege und Kanalisation bekommen, ergänzt Gerald Lipka, Geschäftsführer des Landesverbands freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Hessen & Rheinland-Pfalz. Eine künftige Landesregierung müsse über den kommunalen Finanzausgleich finanzielle Anreize für neue Bauflächen setzen. Die Initiative der Landesregierung, in einem „Großen Bogen um Frankfurt“ mit den umliegenden Kommunen freie Flächen für neuen Wohnraum zu finden, begrüßt die VhU. Noch sei es aber zu früh für eine Aussage über die tatsächliche Wirksamkeit des Projekts.

Die wohnungsbaupolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Elke Barth, widerspricht vehement der Unternehmer-Forderung, auf regulierende Instrumente wie die Mietpreisbremse zu verzichten: „Solange die Situation auf dem Wohnungsmarkt so eng ist, müssen Mieter geschützt werden.“ Für das Land Hessen fordert die SPD eine Anpassung der Fördermittelkonditionen, um mehr Wohnraum zu schaffen. Für die FDP-Fraktion betonte dagegen Stefan Naas, dass sich nur mit weniger Staat und mehr privaten Investitionen die Wohnungsbauprobleme lösen lassen.



Die Bauindustrie hat in den vergangenen Jahren viel Geld verdient. Jetzt klagt sie über Kostensteigerungen und höhere Zinsen. S. GOLLNOW/DPA

# Mehr Bauförderung gefordert

## Unternehmerverbände wollen staatliche Anreize und weniger Regulierung

Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) fordert vom Land, weniger zu regulieren und private Investitionen in Wohnraum zu fördern, um dem Mangel entgegenzuwirken. Es dürfe nicht sein, dass Firmen bei der Suche nach neuen Mitarbeiter:innen das Nachsehen hätten, „weil es schlicht keine Wohnungen für zuziehende Arbeitskräfte gibt“, sagte Vizepräsident Thomas Reimann, Vorstandsvorsitzender der Frankfurter Alea-Hoch- und Industriebau AG, bei einer Pressekonferenz des Bau- und Immobilienausschusses der VhU am Montag in Wiesba-

den. Etwa 20 000 neue Wohnungen pro Jahr seien in Hessen bis 2040 nötig.

Kostensteigerungen und höhere Zinsen machten der Bauindustrie zu schaffen und trügen dazu bei, dass die Zahl der erteilten Baugenehmigungen von Januar bis Oktober 2022 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 8,5 Prozent gesunken sei. Neben staatlicher Förderung für Neubau und Modernisierung brauche es schnellere Genehmigungen, etwa um Gebäude aufzustocken. Instrumente wie die Mietpreisbremse oder das Verbot, Miet- in Eigentumsimmobilien umzuwandeln,

lehnt der Verband ab. Das greife zu stark in die Rechte von Eigentümer:innen ein.

Laut Gerald Lipka vom BFW-Landesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland „weisen viele Kommunen im Ballungsraum zu wenig neue Bauflächen aus, da die sozialen Folgekosten von Neubaugebieten Kommunen finanziell stark belasten“. Der nächste Landtag müsse im kommunalen Finanzausgleich Anreize schaffen. Bei der Grunderwerbsteuer schlägt Lipka vor, den Satz von sechs Prozent in zwei Schritten um je 0,5 Prozent-

punkte zu senken. Das Land hat in den vergangenen Monaten Vorkehrungen ergriffen, um den Wohnungsbau anzukurbeln und Mieter:innen zu schützen. Dazu zählen ein Vorkaufsrecht für Kommunen auf brachliegende Flächen und die Ausweitung von Regeln wie der Mietpreisbremse auf 53 Kommunen. Kritiker:innen wie der Mieterbund bemängeln, dass dies gerade auf dem teuren Wohnungsmarkt in der Region Frankfurt/Rhein-Main nur ein Tropfen auf den heißen Stein sei. Grundsätzlich mangle es nicht an Eigentumsimmobilien, sondern an Sozialwohnungen. gha

# Unternehmer für Stundung der Grunderwerbsteuer

**WIESBADEN** Immobilienwirtschaft erwartet von der nächsten Landesregierung Investitionsanreize

Die Grunderwerbsteuer in Hessen sei zu hoch, meint der Verband der freien Immobilien- und Wohnungsunternehmen. Seit 2010 sei das jährliche Aufkommen von rund 400 Millionen Euro auf knapp zwei Milliarden im vergangenen Jahr gestiegen, berichtete Geschäftsführer Gerald Lipka am Montag. Im selben Zeitraum habe sich der Steuersatz von 3,5 Prozent auf sechs Prozent erhöht. Das sei beinahe eine Verdoppelung, während das Aufkommen sich verfünffacht habe.

Nach einem vorübergehenden Rückgang sei zu erwarten, dass die Steuer in den nächsten Jahren auf dem hohen Niveau bleibe oder sogar noch weiter ansteige. Darum müsse das Aufkommen, sobald es die Sanierung der Landesfinanzen zulasse, gedeckelt werden. Dazu könne der Steuersatz in zwei Schritten um einen halben Prozentpunkt abgesenkt werden. So werde das Aufkommen um 150 Millionen Euro reduziert.

Um die finanzielle Belastung beim Erwerb von Wohneigentum zu verringern, schlägt der Verband außerdem vor, die Stundung der Grunderwerbsteuer über mehrere Jahre zu ermöglichen. Das Land möge sich für eine entsprechende bundesrechtliche Regelung einsetzen, forderte Lipka. Er äußerte sich bei einer Pressekonferenz, in der die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände ihre Erwartungen an die Wohnungsbaupolitik der nächsten Landesregierung vorstellte.

Dabei erinnerte er an die im geltenden Koalitionsvertrag von 2018 fixierte Vereinbarung, im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs Anreize zur Ausweisung von Wohnungsbauflächen zu geben. Viele Städte und Gemeinden hielten sich zurück, weil sie die Folgekosten scheuten. Zur benötigten Infrastruktur in neuen Wohngebieten zählten Verkehrswege, Kanalisation und Klärwerke ebenso wie Kitas und Schulen.

Hier sei die finanzielle Unterstützung durch das Land nötig. Wenn sich der Koalitionsvertrag in diesem Punkt in der laufenden Wahlperiode nicht mehr verwirklichen lasse, müsse der im Herbst zu wählende Landtag im Jahr 2024 handeln. Eine zusätzliche Belastung des Haushalts lasse sich durch Umschichtungen im kommunalen Finanzausgleich vermeiden, meinte Lipka.

Er wandte er sich gegen eine gesetzliche Verpflichtung zur Ausstattung von Gebäuden mit Photovoltaikanlagen oder Solarthermie. Das sei nicht notwendig, da der Markt bereits reagiert habe. Privatkunden und Investoren erwarteten angesichts der Energiekrise eine von russischem Gas unabhängige Strom- und Wärmeversorgung in neuen Immobilien.

Darum werde, wo es technisch sinnvoll sei, schon jetzt die Versorgung mit Photovoltaik und Solarthermie geplant. Außerdem gebe es eine große Nachfrage nach Wärmepumpen. Eine gesetzliche Ver-

pflichtung mit der Festlegung auf eine bestimmte Technologie treibe die Preise für die Anlagen in die Höhe, ohne die Verfügbarkeit von Modulen und der für die Installation nötigen Fachkräfte zu gewährleisten.

Gregor Weil, Geschäftsführer des Verbands Haus und Grund in Frankfurt, wandte sich gegen die im hessischen Grundsteuergesetz vorgesehene Möglichkeit, dass Kommunen vom Jahr 2025 an die „Grundsteuer C“ für unbebautes Bauland einführen können. Nur selten gehe es dabei um die Spekulation mit Immobilien.

Die Ursachen lägen vielmehr in noch fehlendem Eigenkapital, Erbstreitigkeiten, ausstehenden Baugenehmigungen oder finanziellen Engpässen. Eine Grundsteuer C würde diese Konflikte nur verstärken und vor allem private Bauherren hart treffen, meinte Weil. Er forderte, sie noch vor ihrer ersten Anwendung wieder abzuschaffen. htr.

## SAT.1 Regionalmagazin für Rheinland-Pfalz und Hessen

Link: <https://www.1730live.de/1730-sat-1-live-vom-19-12-2022/>

Hessen und Elektronikindustrie e.V.  
Landesgeschäftsstelle Hessen

Vereinigung der hessischen  
Unternehmerverbände e.V.  
GESCHÄFTSSTELLE FRANKFURT

WIRTSCHAFT

17:30 SAT.1  
LIVE

Mehr private Investitionen ermöglichen

THOMAS REIMANN  
Vizepräsident VhU

17:30 SAT.1  
LIVE

SAT.1 HD

WOHNUNGSBAU, MIETPREISBREMSE, BARTH

## Mietpreisbremse und Genehmigungsvorbehalt von Miet- in Eigentumswohnungen müssen beibehalten werden.

am 19. Dezember 2022, 13:09 Uhr



Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VHU) hat heute in ihrer Pressekonferenz die dramatische Situation für die Bau- und Immobilienbranche beschrieben. Elke Barth, wohnungsbaupolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, sagte dazu heute in Wiesbaden:

„Auch wenn es der zuständige Staatsminister, Tarek Al-Wazir, nach wie vor hartnäckig ignoriert, ist die Lage in Hessen aufgrund der gestiegenen Baukosten, des Fachkräftemangels und des Zinsanstiegs mehr als schwierig. Auch Wohnungsbauunternehmen legen Projekte auf Eis. Die schwarzgrüne Landesregierung muss hier gegensteuern und die Fördermittelkonditionen anpassen. Alles andere wäre grob fahrlässig.“

Der Forderung der VHU, auf regulierende Instrumente wie die Mietpreisbremse und dem Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu verzichten, widerspricht die SPD-Fraktion allerdings vehement. Elke Barth: „Solange die Situation auf dem Wohnungsmarkt, gerade in Ballungsräumen, so eng ist, müssen Mieterinnen und Mieter geschützt werden. Insofern wäre es aufgrund der explodierenden Nebenkosten der Energiekrise gefährlich auf diese regulierenden Instrumente zu verzichten.“

Die VHU stelle einen Zusammenhang zwischen Wohnungs- und Fachkräftemangel her. Eine Sicht, die die SPD-Fraktion teile: „Wir empfehlen die Unterstützung unserer Initiative für eine neue Förderlinie für Mitarbeiterwohnen in Hessen, hierzu haben wir jüngst einen Antrag in den Landtag eingebracht. In einer neuen Förderlinie des Landes sehen wir ein adäquates Mittel, um gleichzeitig der Not auf dem Wohnungs- als auch dem Arbeitsmarkt zu begegnen. Dieser Not sollte sich die schwarzgrüne Landesregierung nicht länger verschließen“, so Elke Barth.

## Wohnungsbau gezielt fördern

19.12.2022 · Pressemitteilung

### In Bezug auf die VhU-Verbände Pressekonferenz sagte der wohnungs- und wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Heiko Kassekert:

„Wir begrüßen das Positionspapier der VhU und sehen darin viele richtige Ansätze – nicht nur mit Blick auf die Wohnungspolitik. Der derzeitige Wohnraummangel ist insbesondere in Ballungsgebieten eine große Herausforderung. Daher halten wir an unserem Ziel, weiteren Wohnraum zu schaffen, fest. Das gilt nicht nur für bezahlbaren Mietwohnraum, sondern auch die Steigerung der Eigentumsquote.

Um Wohnraummangel und hohe Mietpreise gezielt zu verhindern, ist der Neubau von Wohnungen unabdingbar. Regulatorische Eingriffe hingegen sollten das letzte Mittel sein, da sie häufig mit Investitionshemmnissen für neuen Wohnungsbau verbunden sind. Aus diesem Grund wird sich die CDU hinsichtlich weiterer Vorgaben zum Bauen für ein Belastungsmoratorium einsetzen. Durch die Änderungen der äußeren Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel die Steigerung der Baupreise, der Zinsanstieg oder die Inflation, hat sich der Wohnungsbau enorm verteuert, sodass keine unnötigen Forderungen und Belastungen im Planungsverfahren entstehen dürfen. Vor diesem Hintergrund wollen wir auch prüfen, ob es hierzu Veränderungen in der HBO bedarf. Um weitere Kostentreiber für das Bauen, wie beispielsweise die Kosten für Erdaushub zu reduzieren, wollen wir zukünftig Lösungen finden, um den Aushub besser und kostengünstiger in Hessen zu entsorgen oder wiederzuverwenden.

Selbstverständlich sehen wir auch, dass die Kommunen durch die Ausweisung von Neubaugebieten mit hohen Folgekosten konfrontiert werden und daher zu wenige Flächen bereitgestellt werden. Im Zuge der Evaluation des kommunalen Finanzausgleichs wollen wir daher prüfen wie Kommunen, die neue Flächen ausweisen finanzielle Anreize über den KFA erhalten können.“



### KONTAKTPERSON



#### HEIKO KASSECKERT

Wirtschaftspolitische Sprecher





19.12.2022

## DR. NAAS: Regulierungen schaffen mehr Probleme als Wohnungen

Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) hat die Landespolitik heute gemeinsam mit Verbänden der Bau- und Immobilienwirtschaft aufgefordert, mehr private Investitionen in Wohnraum zu ermöglichen. Dazu erklärt der wohnungsbaupolitische Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Dr. Stefan NAAS:

„Die bestehenden Probleme am Wohnungsmarkt, nämlich Wohnungsmangel und steigende Mieten, lassen sich nur mit weniger Staat und mehr privaten Investitionen lösen. Das ist seit langem Forderung und Ziel der Fraktion der Freien Demokraten. Mit Regulierungen und bürokratischen Hürden werden mehr Probleme als Wohnungen geschaffen. Die Landesregierung muss daher darauf achten, mit ihren Vorgaben die Baukosten nicht weiter in die Höhe zu treiben, und sie muss die Folgekosten für Kommunen in den Blick nehmen, die Bauland ausweisen wollen. So müssen zum Beispiel Umweltvorgaben derart ausgestaltet werden, dass den Baugebieten auch künftig genügend Wasser zur Verfügung steht.“



**Stefan Naas**

Sprecher für Wohnungsbau und Stadtentwicklung

### Kontakt:

Pressestelle der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Telefon: 0611 350-566

E-Mail: [presse-fdp@ltg.hessen.de](mailto:presse-fdp@ltg.hessen.de)

### Verantwortlich

Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Schloßplatz 1-3, 65183

Wiesbaden, [www.fdp-fraktion-hessen.de](http://www.fdp-fraktion-hessen.de)